

Mecklenburg-Vorpommern

Nachrichten

Missglückter
Fluchtversuch

USEDOM Bei der Durchsicherung seiner Wohnung ist ein 45-jähriger Mann in der Stadt Usedom aus dem Fenster seiner Wohnung gesprungen und hat sich dabei vermutlich beide Beine gebrochen. Die Polizei durchsuchte gestern die Räumlichkeiten von zwei 45 und 46 Jahre alten Männern. Sie werden verdächtigt, in der vorigen Woche einen 57-Jährigen auf seinem Grundstück überfallen und bestohlen zu haben, wie eine Polizeisprecherin in Anklam mitteilte. Die Polizei stellte in der Wohnung des 45-Jährigen wie auch im Haus des 46-Jährigen Beweismittel sicher. *dpa*

Staatsschutz
ermittelt

NEUBRANDENBURG Nach einer Farbgläser-Attacke gegen ein Bekleidungs-geschäft in Neubrandenburg hat der Staatsschutz die Ermittlungen übernommen. Wie eine Polizeisprecherin gestern erklärte, wurden in der Nacht etwa zehn mit Farben gefüllte Schraubgläser gegen die Schaufenster und die Fassade des Geschäftes im Zentrum geworfen, das unter anderem Mode des Herstellers „Thor Steinar“ führt. Diese Art von Bekleidung wird vor allem der rechten Szene zugeordnet, sodass es schon mehrfach – bisher friedliche – Proteste gegen diesen Laden gab. *dpa*

Von Thomas Volkmann

SCHWERIN/BERLIN Rund 20 Polizeibeamte des Landeskriminalamtes standen am frühen Morgen vor der Tür eines Mannes in Malchin (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte). „Es wurden bei der Durchsicherung Tonträger und NS-Devotionalien beschlagnahmt“, sagte Innenminister Lorenz Caffier (CDU) später. Das mutmaßliche „Combat 18“-Mitglied ist aber auf freiem Fuß.

Die Durchsicherung in Malchin war Teil bundesweiter Razzien, nachdem Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gestern die rechtsextreme Gruppe „Combat 18“ verboten hatte.

Caffier begrüßte das Verbot ausdrücklich. „Damit wurde eine bundesweit organisierte Kaderstruktur zerschlagen, die auch in Mecklenburg-Vorpommern vertreten war“, sagte der Minister. Die Vereinigung stehe unter Verdacht, rechtsterroristische Bestrebungen zu verfolgen. „Das heutige Verbot steht für Null Toleranz gegenüber den Feinden der Demokratie“, so Caffier.

Unzufrieden war allerdings die Linke. Der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Peter Ritter, kritisierte. Es sei wenig überraschend, dass es im Zuge des heutigen „Combat 18“-Verbots auch in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Durchsicherung kam. „Verwunderlich ist allerdings, dass die Behörden hier offenbar nur eine Person dieser militant-faschistischen



Mitglied einer Neonazi-Kameradschaft zeigt sich auf einer Demo in Wittstock martialisch. FOTO:IMAGO

Struktur zurechnen“, sagte Ritter. Nach seiner Kenntnis trugen mindestens drei Neonazis aus dem Nordosten bei einschlägigen Konzerten und Demonstrationen das Emblem des bewaffneten Arms der vor zwanzig Jahren bereits verbotenen Neonazi-Organisation „Blood & Honour (Blut und Ehre)“. Mitglieder von „Combat 18“ sind in ihrem Selbstverständnis Unterstützer von „Blood & Honour“.

Ritter weiter: „Der Schritt war längst überfällig.“ Die Mitglieder von „Combat 18“ hätten lange genug Zeit gehabt, sich auf das Verbot vorzubereiten und belastendes Material beiseite zu schaffen,

nachdem der Bundesinnenminister das Verbot seit Monaten angekündigt habe.

Insgesamt sollen mehr als 200 Polizeibeamte in sechs Bundesländern an Einsätzen gegen „Combat 18“ beteiligt gewesen seien. Das Bundesinnenministerium sprach unter anderem von beschlagnahmten Mobiltelefonen, Laptops, NS-Devotionalien sowie „waffenrechtlich relevanten“ Gegenständen.

Ein Verbot der Gruppe war bereits lange gefordert worden. „Schon im September des vergangenen Jahres habe ich betont, dass ich ein Verbotverfahren des Bundesinnenministeriums gegen „Combat 18“ ausdrücklich

unterstütze“, erklärte Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD). So soll der mutmaßliche Mörder im Fall Lübcke Verbindungen zu „Combat 18“ gehabt haben.

Die rechtsextreme Organisation hat ihren Ursprung in Großbritannien und ist in mehreren europäischen Ländern aktiv. Die Zahl „18“ steht für den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet, also A und H – die Initialen von Adolf Hitler. Symbol der Gruppe, die sich auf einen „Rassenkrieg“ vorbereitet, ist der Drache. Gegen das Verbot kann die Gruppe binnen eines Monats Klage beim Bundesverwaltungsgericht einreichen. *mit dpa*

EXTRA

Nett, ruhig und
stark tätowiert

Die Durchsicherung einer Wohnung in Malchin hat Einwohner und Behörden überrascht. „Ich weiß noch gar nicht, wo das war und muss mir erstmal eine Meinung bilden“, sagte Malchins Bürgermeister Axel Müller gestern. Dass ein mutmaßliches Mitglied der „Combat 18“-Gruppe ausgerechnet in einer Zweiraum-Wohnung unweit vom Rathaus wohne, hätte niemand vermutet. Wie eine Nachbarin berichtete, war der Mann nicht zu Hause, als die Polizei wohl gegen neun Uhr morgens die Tür aufbrach. Schon um sieben Uhr wurde das Haus von einem Polizeiwagen aus überwacht, wie Anwohner sagten.

Die Wohnung – Küche und Bad nach hinten heraus, Wohn- und Schlafzimmer zur Straße – liegt in einem viergeschossigen Plattenbau „Typ Brandenburg“. „Der junge Mann wohnt seit etwa drei Jahren hier“, sagte eine Hausbewohnerin. Der Mann sei vor zehn Tagen zuletzt da gewesen. Er habe gesagt, er sei in einer Klinik wegen einer Beinoperation. Über den Mieter könne man nicht viel sagen, er sei nett und ruhig sowie „bis oben hin bunt“ – womit die vielen Tätowierungen gemeint sind. Er habe auch mal Besuch von einem anderen stark tätowierten Mann gehabt, sonst gebe es nichts Auffälliges. Der Mann habe sonst „wohl außerhalb gearbeitet“ und sei nur am Wochenende da gewesen. Auf Internetseiten linker Gruppen sind Bilder veröffentlicht, auf denen der Malchiner unter anderem auf Rechtsrockkonzerten und bei Treffen von Neonazi-gruppen in Sachsen zu sehen ist. Die Wohnungsgesellschaft hat das Schloss an der Wohnungstür bereits ausgewechselt. *dpa*

Grenzüberschreitendes
Sanitäter-Training

MISDROY/GREIFSWALD Polnische und deutsche Notfallsanitäter können in Kürze auch in Polen gemeinsam das Retten von Menschen üben. Nach langer Vorbereitung wird am 27. Januar in Misdroy (Miedzyszdroje) ein medizinisches Simulationszentrum für solche Trainingszwecke vorgestellt, wie die Organisatoren des Projektes „Integrierter grenzüberschreitender Rettungsdienst Pomerania/Brandenburg (InGRiP)“ gestern

mitteilten. Im Rahmen dieses InGRiP-Projektes soll der Rettungsdienst in den oft dünn besiedelten Regionen entlang der Grenze so organisiert werden, dass Notfallsanitäter im Ernstfall rechtssicher und ohne Sprachprobleme jeweils auch im Nachbarland tätig werden können.

Das neue Simulationszentrum in Misdroy sei analog zum Greifswalder Zentrum mit modernstem Simulations-equipment ausgestattet. *dpa*

ANZEIGE

JACKPOT

EURO JACKPOT

68 Mio.€

jetzt ca. 68 Mio.€

Chance 1 : 95 Millionen

Sicher spielen in 500 Annahmestellen ganz in Ihrer Nähe oder unter www.lottomv.de.

Spielteilnahme unter 18 Jahren ist gesetzlich verboten!
Glücksspiel kann süchtig machen.
Infos unter www.lotto.de, BZgA-Hotline: 0800 137 27 00

LOTTO

Mecklenburg-Vorpommern

Künftig Volljuristen aus Rostock?

Jurafakultät soll wiederbelebt werden / Ministerin Martin dagegen

Von Thomas Volkmann

ROSTOCK Eine schwere Aufgabe und kein Heimspiel für Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD). Die Zahl der Befürworter einer Neu-einrichtung der juristischen Fakultät an der Universität Rostock steigt. Gestern musste sich die SPD-Politikerin auf einer Podiumsdiskussion in der Aula der Uni den Argumenten der Anhänger einer juristischen Examensausbildung in der Warnowstadt stellen. „Rostock braucht eine Fakultät, weil wir qualifizierte Juristen für den Rechtsstaat brauchen“, sagte der Rektor der Universität, Wolfgang Scharick, gleich zu Beginn der Diskussion. Dem schloss sich Christian Doose-Bruns, Vorsitzender des Rostocker Anwaltsvereins an.

An der Greifswalder Uni schaffen nur etwa 60 Absolventen das zweite Staatsexamen und stehen als Volljuristen zur Verfügung. „Das heißt, wenn jeder Absolvent im

Land bleiben würde, hätten wir in den kommenden zwölf Jahren 720 neue Volljuristen“, rechnete Doose-Bruns vor. Gebraucht würden aber in dem Zeitraum wegen der hohen Zahl von Altersabgängen in der Justiz des Landes 1500 Absolventen.



Bettina Martin (SPD)
Wissenschaftsministerin

„All diese Punkte kosten viel Geld.“

Das Jura-Studium ist derzeit nur in Greifswald möglich, nachdem der Studiengang 2008 in Rostock gestrichen wurde. „Die Absolventen der Universität Greifswald reichen nicht, um diese riesige Lücke zu füllen“, sagte auch Stefan Graßhoff, Präsident der Anwaltskammer MV. Eine Wissenschaftsministerin in der Defensive. „Natürlich könnte eine Wieder-

belebung der Rostocker Fakultät theoretisch ein Instrument sein, die Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich zu steigern“, so die Ministerin. Dem würden allerdings zwei Dinge gegenüberstehen. Zum einen würden die Ausbildungskapazitäten in Greifswald grundsätzlich ausreichen. Sie müssten nur wesentlich besser genutzt werden. „Wenn nur 25 Prozent der Studenten das zweite Staatsexamen schaffen, dann wirft das Fragen auf“, sagte die Ministerin. Zum anderen fehle das Geld. „Alles auf einmal geht nicht: Lehrerbildung, Lehrergerinnung, Psychotherapeutenausbildung, all diese Punkte kosten viel Geld“, erklärte Martin.

Hintergrund der Diskussion ist der eklatante Mangel an Juristen in MV, der sich in den nächsten Jahren noch dramatisch verschärfen wird. Das Durchschnittsalter bei Richtern liegt inzwischen bei über 52 Jahren. Bis 2025 wird etwa jeder vierte der 450

Richter und 150 Staatsanwälte im Land das Pensionsalter erreicht haben, bis 2030 sogar jeder zweite.

Ministerin Martin schlägt vor, die Kooperation zwischen den Standorten Greifswald und Rostock zu verbessern. In Rostock werden Studenten in einem „Good Governance“-Studiengang zu Bachelor- und Master-Absolventen ausgebildet. Einige könnten nach Greifswald wechseln, um sich dort zum Volljuristen ausbilden zu lassen. Und auch die Rostocker Dozenten könnten in Greifswald eingebunden werden, um das dortige Fächerspektrum zu bereichern. „Auf diesem Wege könnten die Universitäten gemeinsam, ohne gleich das ganz große und ganz teure Rad zu drehen, das Jurastudium hier im Land attraktiver machen und den Nachwuchs-Output erhöhen – und genau das ist ja unser aller Ziel“, so die Ministerin. Viel Beifall erntete sie gestern Abend in Rostock dafür nicht.